

## Fischers gebrannte Kinder

### Die Grüne Linke und das Grundeinkommen

Es ist offensichtlich, dass die derzeit bei den Grünen geführte innerparteiliche Diskussion über den vermeintlichen Gegensatz einer bedarfsorientierten Grundsicherung oder eines bedingungslosen Grundeinkommens keine ist, die entlang herkömmlicher Flügelkämpfe verläuft. Diesmal sind die Trennlinien andere. Sie verlaufen zwischen FunktionsträgerInnen in Partei und Fraktion, die sich im institutionellen Kontext der Reproduktion des alten Sozialstaatparadigmas bewegen (Grundsicherung) und zwischen Teilen einer Basis, die einen *general intellect* (Marx) in einem sich abzeichnenden neuen Vergesellschaftungsschub und damit einen Typus von Politik repräsentieren, die im Namen der Reproduktionsprozesse gesellschaftlicher und zunehmend einkommensloser Arbeit spricht (Grundeinkommen). Gewissermaßen sind die Grünen sogar die einzige Partei, die diesen gesellschaftlichen Konflikt als Partei intern austragen könnte, da ihr Grundduktus, anders als der der Sozialdemokratie oder der Linkspartei.PDS, nach wie vor der einer Alternative zum überkommenen industriegesellschaftlichen Produktions- und Konsumtionsbegriff ist. Insofern ist die Selbstverortung der Partei als „moderne, emanzipatorische Linke“ tatsächlich angemessen und zeitgemäß.

Doch zeichnet sich derzeit bei den Grünen auch eine Entwicklung ab, in der gerade die linken FunktionsträgerInnen der Grünen, in Dauerabwehrkämpfen gegen den Abbau sozialstaatlicher Institutionen zugerichtet, mittlerweile vollkommen auf Defensive umgeschaltet haben. Jede von der sich zurückziehenden Sozialdemokratie geräumte Stellung der Bastion des alten Sozialstaates wird von ihnen als deren Nachhut besetzt und – koste es was es wolle – auch gegenüber der eigenen Basis zu halten versucht. In einem dringend noch zu reflektierenden Durcheinander eben dieser Abwehrkämpfe und des gleichzeitigen Versuchs, den aussichtslosen „dritten Weg“ von *new labour* mitzugestalten (Agenda 2010, Hartz-Gesetze), wurde darüber der theoretische, konzeptionelle und praktische Anschluss an die Neue Linke in der Parteispitze schlichtweg verpasst. Einer Neuen Linken, die sich von den gewaltigen Umbrüchen der Wirtschaftsgesellschaft einfach überrollen lässt, weil sie die Aussichtslosigkeit von ewigen Abwehrkämpfen eingesehen hat und nun darauf setzt, die in diesen Umbrüchen liegenden emanzipatorischen Potentiale zu identifizieren und zu fördern. Darum auch sind die derzeit sich abzeichnenden Brüche bei den Grünen nicht allein als Symptome der Normalisierung der Partei zu verstehen, sondern hauptsächlich als Ausdruck ihrer nach wie vor wirksamen basisdemokratischen Verfasstheit. Die Grünen als Gesamtpartei, heißt das, vollziehen gerade einen Generationenwechsel entlang thematischer und gesellschaftlicher Konfliktlinien.

Dabei hat sich allerdings der im Nachhinein betrachtet relativ unspektakuläre Abgang des Ein-Mann-Gewissens, bzw. der Ein-Personen-Urteilstkraft der Partei Joschka Fischer für die Linken in Fraktions- und Parteispitze keineswegs als Befreiung erwiesen, da der durch den *new labour*-Kurs Fischers bei den Grünen faktisch stillgelegten Debatte um ein eigenständiges neues und offensives Sozialstaatsparadigma augenblicklich die Anschlusspunkte fehlen. So kehrt die parlamentarische Linke in dieser Frage, noch unter dem Eindruck des Schocks angesichts des Hartz-Desasters, fast ausnahmslos zu Positionen vor der Agenda 2010 zurück, zu einem zweiten Anlauf in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik die Programmatiken von 2002 durchzusetzen. Doch die Partei hat sich inzwischen verändert. Sie hat sich in Teilen der Basis vom rein institutionell gefassten Reformbegriff ihrer Funktionsträger verabschiedet, nach Außen hin geöffnet und

schon längst informell mit jenen Bereichen der Zivilgesellschaft und anderer Parteien vernetzt, die die altgrüne Forderung nach einem völlig neuen Sozialstaatsparadigma für sich aufgegriffen haben, seien es zivilgesellschaftliche Netzwerke wie attac oder das Netzwerk Grundeinkommen, seien es Personen wie Dieter Althaus, Götz Werner oder Katja Kipping. Zur Zeit sind es gerade die Linken Funktionsträger, die auf diese horizontale Öffnung mit einer von ihnen eigentlich weniger zu erwartenden Rigidität in der Steuerung der Debatte reagieren und sich dabei institutioneller Parteistrukturen und vertikaler Hierarchien bedienen. Die einst von Fischer gezüchtigen, erweisen sich so unversehens als die neuen Zuchtmeister der Partei. Als Fischers gebrannte und an Niederlagen gewöhnte Kinder, erscheinen ihnen in der gegenwärtigen Debatte über die Zukunft Grüner Sozialpolitik erstmals wieder leichte Siege vor Augen, und damit natürlich auch eine nachträgliche Legitimation ihres Widerstandes. Dies alles ist nur zu verständlich, birgt aber auch eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Parteilinke an der Spitze, jetzt die Kämpfe von Morgen wieder einmal in den Kostümen und mit den Strategien von Gestern auszutragen und so den Anschluss an die emanzipatorischen Kräfte der Gesellschaft endgültig zu verlieren.

Ein zu leichter Sieg wäre es auch, das Scheitern der Hartz-Reformen nun allein an mangelnder Umsetzung, bzw. zu geringer Grüner Einflussmöglichkeiten festmachen zu wollen, statt darin das zu sehen, was es im Kern ist: Der vorläufige Höhepunkt des funktionalen Chaos einer vollkommenen überforderten sozialstaatlichen Verwaltung „menschlicher Überschüsse“ in den gegenwärtigen Umbrüchen der Arbeitsgesellschaft. Das analytische Rüstzeug für die Parteilinke, jenseits von Träumereien über „Grüne Marktwirtschaft“ eine eigenständige emanzipatorische und kapitalismuskritische Antwort auf den Zusammenbruch des sozialstaatlich-keynesianischen Arrangements zu formulieren, steht längst zur Verfügung, von Ulrich Beck bis zu Jeremy Rifkin, von André Gorz bis zu Hardt/Negri – ergriffen wird es nicht. Dabei wäre es gerade jetzt notwendiger denn je, die Zukunft der Arbeit nach dem Ende der Erwerbsarbeitsgesellschaft aus linker Sicht neu zu denken und diese nicht allein den wirtschaftsliberalen Deregulierern oder fürsorgenden Menschenverwaltern in der Partei zu überlassen, und zwar gemeinsam mit der Basis, die diese Zukunft schon längst alltäglich (er)lebt, und nicht gegen sie.

Robert Zion

Geschäftsführender Vorstand, Sprecher für Wirtschaft, Soziales, Demokratie und Innerparteiliches, B'90/Grüne, KV Gelsenkirchen